



Rathaus

Umschau

Dienstag, 28. März 2017

Ausgabe 060

ru.muenchen.de

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----------|
| Terminhinweise für Medien | 2 |
| Bürgerangelegenheiten | 2 |
| Meldungen | 3 |
| › Stadtrat fällt Entscheidung zur Sanierung des Gasteig | 3 |
| › Vierte AMIGA-Karrierebörse für internationale Fachkräfte | 4 |
| › Zentrale Gebührenstelle eingeschränkt erreichbar | 5 |
| › Münchner Nordosten: Ausstellung und Workshops | 5 |
| › Sprechstunden und Beratungen des Seniorenbeirats | 6 |
| › Stadt sucht Tagesbetreuungspersonen: Infoveranstaltungen im April | 6 |
| › Münchner Hoagartn in Sendling | 7 |
| › Infoabend im Bauzentrum: Fördermaßnahmen bei Energieeinsparung | 7 |
| Antworten auf Stadtratsanfragen | 9 |
| Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat | |
| Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften | |



Terminhinweise für Medien

Wiederholung

Mittwoch, 29. März, 15.30 Uhr, Marienplatz

Bürgermeister Josef Schmid nimmt am jährlich stattfindenden Runden Tisch der Stiftung „Lebendige Stadt“ zum Thema „Direkte Demokratie“ teil. Zum Auftakt der Diskussionsrunde besteht um 15.30 Uhr die Möglichkeit, Fotos zu machen.

Bürgerangelegenheiten

**Dienstag, 4. April, 19 Uhr, Gaststätte „Hofbräuhaus“, Erkerbar,
Am Platzl 9 (nicht rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 1 (Altstadt – Lehel).

**Dienstag, 4. April, 18 bis 19 Uhr,
Bürgerbüro, Schellingstraße 28 a (rollstuhlgerecht)**

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

**Dienstag, 4. April, 19.30 Uhr, Bayerische Landesbank, Arkadensaal,
Oskar-von-Miller-Ring 3 (rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

**Dienstag, 4. April, 19.30 Uhr, Gaststätte „Augustiner Bürgerheim“,
Bergmannstraße 33 (nicht rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 8 (Schwanthalerhöhe). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** mit der Vorsitzenden Sibylle Stöhr statt.

**Dienstag, 4. April, 19 Uhr, Stadtteilzentrum Fürstenried-Ost,
Bürgersaal, Züricher Straße 35 (rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 19 (Thalkirchen – Obersendling – Forstenried – Fürstenried – Solln). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** mit dem Vorsitzenden Dr. Ludwig Weidinger statt.



**Dienstag, 4. April, 19 Uhr, Bürgerzentrum Rathaus Pasing,
Großer Sitzungssaal, Landsberger Straße 486 (rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 21 (Pasing – Obermenzing). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** mit dem Vorsitzenden Romanus Scholz statt.

**Dienstag, 4. April, 19 Uhr,
Vereinsheim, Eversbuschstraße 161 (nicht rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 23 (Allach – Untermenzing). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** mit der Vorsitzenden Heike Kainz statt.

**Dienstag, 4. April, 19 Uhr, Caritas Kinder- und Jugendtreff „Jump in“,
Kristallstraße 8 a (rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 24 (Feldmoching – Hasenberg). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** mit dem Vorsitzenden Markus Auerbach statt.

**Dienstag, 4. April, 19.30 Uhr, Alten- und Service-Zentrum Laim,
Kiem-Pauli-Weg 22 (rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 25 (Laim). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** mit dem Vorsitzenden Josef Mögele statt.

Meldungen

Stadtrat fällt Entscheidung zur Sanierung des Gasteig

(28.3.2017) Bürgermeister Josef Schmid und Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers bewerten die heutige Entscheidung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft zusammen mit dem Kulturausschuss zur Sanierung des Gasteig als wegweisend für die Ertüchtigung eines der herausragendsten Kultur- und Bildungszentren Europas. Unter anderem wurde die Gasteig GmbH einstimmig beauftragt, zur Sanierung einen Planungswettbewerb mit Vorplanung durchzuführen sowie die Suche nach Interimsstandorten für die Gasteig-Nutzer mit der Zielsetzung Inbetriebnahme Spielzeit 2020/21 zu intensivieren.

Der für die Gasteig München GmbH zuständige Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft, Bürgermeister Josef Schmid: „Der Gasteig ist Highlight und Symbol des Münchner Kulturlebens zugleich. Deswegen ist es umso wichtiger, die Sanierung dieses kulturellen Gravitationszentrums voranzutreiben. Das notwendige Update ist das umfangreichste kulturpolitische Projekt der Landeshauptstadt München und gleichzeitig das loh-

nendste. Ob Philharmoniker, Stadtbibliothek, Volkshochschule, Musikhochschule oder die unzähligen Akteure aus der Stadtgesellschaft: Nirgendwo verdichtet sich die kulturelle Vielfalt Münchens so dynamisch wie am Gasteig. Die Kulturmetropole München braucht einen Gasteig, der den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen ist. Nur so wird der Gasteig national wie international konkurrenzfähig bleiben. Und nur so wird er auch in Zukunft der attraktive, beliebte und lebendige Ort bleiben, der er heute ist.“

Dr. Hans-Georg Küppers, Kulturreferent der Landeshauptstadt München:
„Wenn man ein erfolgreiches Beispiel für den Begriff ‚Kultur für alle‘ sucht, dann ist es der Gasteig. Er verzeichnet jährlich zwei Millionen Besuche und ist damit eines der größten Kulturzentren Europas. Das Erfolgsmodell Gasteig, das Zentrum für Kunst, Kultur und Bildung in München zukunftsfähig zu machen, ist eine städtische Herkulesaufgabe – auch finanziell. Wenn wir jedoch in die zeitgemäße Weiterentwicklung des Gasteig investieren, ist das eine Investition in die geistige Infrastruktur unserer Stadt, die sich auf Dauer rechnen wird. Ob jung oder alt, ob einheimisch oder neu in München, in unserem Kulturzentrum haben alle gleichberechtigt ihren Platz und können das Bürgerrecht auf Kultur in Anspruch nehmen. Und dies ist uns die wirklich große Anstrengung wert, in jeder Bedeutung des Wortes.“

Vierte AMIGA-Karrierebörse für internationale Fachkräfte

(28.3.2017) Die AMIGA-Karrierebörse für internationale Fachkräfte bietet bereits zum vierten Mal eine Plattform für den Austausch zwischen Unternehmen in München mit internationalen Studierenden, Absolventen sowie Berufstätigen mit ausländischen Qualifikationen. Am Dienstag, 4. April, 10 bis 13 Uhr, im Berufsinformationszentrum der Agentur für Arbeit, Kapuzinerstraße 30, haben Besucher die Chance, Kontakte zu Unternehmen zu knüpfen und über ihre Karrierechancen in München zu sprechen. Neben einem Infomarkt mit Bewerbungsmappencheck können sich Besucher in Kurzvorträgen über Möglichkeiten der Beschäftigung und über rechtliche Rahmenbedingungen informieren.

15 Arbeitgeber, darunter die Landeshauptstadt München, und Personaldienstleister aus dem Raum München werden an Infoständen über aktuelle Stellenangebote und Bewerbungsverfahren Auskunft geben. Der Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft, Bürgermeister Josef Schmid: „Mit dem Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ) unterstützen wir Migrantinnen und Migranten beim Zugang in den lokalen Arbeitsmarkt. Beschäftigung ist eine wichtige Voraussetzung für Integration. Rund 1.600 Personen haben bislang in München AMIGA-Seminare oder Karrierebörsen in Anspruch genommen. Weitere 500 Personen haben sich von AMIGA beraten lassen.“

Harald Neubauer, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit in München, bestätigt: „Unsere Gesellschaft steht vor großen Veränderungen: Das Potenzial an erwerbsfähigen Menschen wird in Deutschland bei gleichbleibender Erwerbsbeteiligung bis 2020 um rund 3,6 Millionen und bis 2025 sogar um bis zu 6,5 Millionen Personen zurückgehen. Fachkräfte werden schon heute händeringend gesucht. Wenn wir diese Mitarbeiter gewinnen wollen, müssen wir sie aber auch gut beraten und unterstützen, denn auch andere Länder werben um die besten Köpfe.“

Die Karrierebörse wird vom Referat für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München in Kooperation mit der Agentur für Arbeit München veranstaltet, ist kostenfrei und ein Angebot des Projektes AMIGA. AMIGA ist die Abkürzung für Active Migrants in the Local Labor Market und wird vom Referat für Arbeit und Wirtschaft im Rahmen des Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms (MBQ) finanziert.

Weitere Informationen unter www.muenchen.de/mbq oder unter www.amiga-muenchen.de.

Zentrale Gebührenstelle eingeschränkt erreichbar

(28.3.2017) Die Zentrale Gebührenstelle für Kindertageseinrichtungen im Referat für Bildung und Sport in der Landsberger Straße 30 ist am Montag und Dienstag, 3. und 4. April, wegen einer Fortbildung eingeschränkt erreichbar. Es kann daher zu Engpässen im Publikumsverkehr, Montag von 8.30 bis 12 Uhr und Dienstag von 13.30 bis 17 Uhr, und zu Einschränkungen im Telefonservice, Montag von 13 bis 15 Uhr und Dienstag von 9 bis 12 Uhr, kommen. Bürgerinnen und Bürger, die nicht zwingend an einem dieser Tage ihr Anliegen vorbringen müssen, wird empfohlen, auf Sprechzeiten an anderen Tagen auszuweichen.

Münchner Nordosten: Ausstellung und Workshops

(28.3.2017) Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung hat für den Münchner Nordosten drei Planungsvarianten entwickelt. Diese wurden im Rahmen einer Ausstellung und vielfältiger Beteiligungsformate der Öffentlichkeit präsentiert und intensiv diskutiert. Auf dem Programm stehen noch zwei Veranstaltungen:

- Die heutigen Jugendlichen sind die Nutzer von morgen. In vier Digitalwerkstätten haben Jugendliche mit dem Computerspiel Minecraft, mit Audioguides, via Talkbox und in einer Forschungswerkstatt Positionen zur Stadtentwicklung aufbereitet. Auf der abschließenden Jugendkonferenz am **Freitag, 31. März**, 10 bis 19 Uhr, im ehemaligen Siemens-Mitarbeiterrestaurant Richard-Strauss-Straße 76 (U4 Haltestelle Richard-Strauss-Straße) präsentieren und diskutieren sie ihre Ergebnisse.



Veranstalter ist das JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis im Auftrag des Referats für Stadtplanung und Bauordnung.

- Am **Donnerstag, 6. April**, 19 Uhr, findet ebenfalls im ehemaligen Siemens-Mitarbeiterrestaurant Richard-Strauss-Straße 76 der Abschluss der Ausstellung „Drei Varianten, viele Möglichkeiten!“ statt. Vertreterinnen und Vertreter aus Stadtplanung und Politik ziehen ein Resümee der Öffentlichkeitsphase und geben einen Ausblick auf den weiteren Prozess.

Weitere Informationen unter www.muenchen.de/nordosten.

Sprechstunden und Beratungen des Seniorenbeirats

(28.3.2017) Der Seniorenbeirat der Landeshauptstadt München, Burgstraße 4, hält jeweils am Dienstag und Donnerstag von 9.30 bis 12 Uhr seine Sprechstunden ab. Jeden zweiten und vierten Montag im Monat werden nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter der Nummer 2 33-2 11 66 außerdem von 9 bis 12 Uhr Rentenberatungen durchgeführt. Jeden ersten Dienstag im Monat wird nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter der Nummer 2 33-2 11 66 eine Anwaltserstberatung angeboten.

Die Termine für April mit den beratenden Seniorenbeirats-Mitgliedern:

- Dienstag, 4. April, Anwaltserstberatung
- Donnerstag, 6. April, Norbert Stellmach
- Montag, 10. April, Alfons Müller (Rentenberatung)
- Dienstag, 11. April, Walburga Steffann
- Donnerstag, 13. April, Waltraud Hörnchen
- Dienstag, 18. April, Hans-Gerd Angele
- Donnerstag, 20. April, Gerhard Krug
- Montag, 24. April, Alfons Müller (Rentenberatung)
- Dienstag, 25. April, Dr. Irmtraud Nies
- Donnerstag, 27. April, Gerhard Krug

Die Sprechstunden finden in der Burgstraße 4, 1. Stock, Zimmer 105, statt.

Stadt sucht Tagesbetreuungspersonen: Infoveranstaltungen im April

(28.3.2017) Die Kindertagespflege in Familien der Stadt München steht für individuelle Betreuung, Bildung und Erziehung der Tageskinder in familiärer Atmosphäre und kindgerechtem Umfeld. Unter allen Kinderbetreuungsangeboten ist die Kindertagespflege in Familien ein bedeutender Baustein und die Münchner Tagesbetreuungspersonen leisten einen wichtigen Beitrag für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wer bei sich zu Hause professionell eines bis maximal fünf Kinder betreuen möchte, hat als Tagesbetreuungsperson die Möglichkeit dazu und kann dabei sogar seine Arbeitszeiten flexibel gestalten. Je nach individuellem Betreuungsangebot ergeben sich durch die Selbstständigkeit gute Verdienstmöglichkeiten.



Für Interessierte an der Tätigkeit „Tagesbetreuungsperson in der Kindertagespflege in Familien“ bietet das Sozialreferat der Stadt München im April 2017 folgende Infoveranstaltung an:

- 6. April: Sozialbürgerhaus Neuhausen – Moosach, Ehrenbreitsteiner Straße 24, 9.30 bis 11.30 Uhr
- 27. April: Sozialbürgerhaus Mitte, Schwanthalerstraße 62, 18 bis 20 Uhr
Der Raum ist am Veranstaltungstag im jeweiligen Sozialbürgerhaus ausgeschildert. Weitere Informationen unter Telefon 2 33-4 98 00 oder per E-Mail an kinderbetreuung.soz@muenchen.de.

Wer sich für diese verantwortungsvolle pädagogische Aufgabe interessiert, sollte einen Mittelschulabschluss oder eine abgeschlossene Berufsausbildung und gute Deutschkenntnisse vorweisen. Bewerberinnen und Bewerber können sich über ein Qualifizierungsprogramm des Stadtjugendamtes München schulen und das Zertifikat des Bundesverbandes für Kindertagespflege e.V. „Qualifizierte Kindertagespflegeperson“ erwerben. Nach einer Eignungsüberprüfung der Person und der Räumlichkeiten erhält die Tagespflegeperson dann eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII.

Weitere Informationen zur Qualifizierung sind unter <http://bit.ly/2kkkTG1> vermerkt.

Münchner Hoagartn in Sendling

(28.3.2017) Das Kulturreferat der Landeshauptstadt München lädt am Freitag, 31. März, 19 Uhr, zum Münchner Hoagartn in den „Augustiner Schützengarten“ in der Zielstattstraße 6 ein. Zum Singen und Musizieren angekündigt haben sich das Duo „Knöpf & Soatn“, das „Hofzogler Zithertrio“, die „Haidhauser Stub’nmusik“, der „Sendlinger Dreigesang“ und die „Höllriegelskreuther Klarinettenmusik“. Durch den Abend führt die BR-Moderatorin Ulrike Zöller. Publikum ist herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei, Saalöffnung ab 18 Uhr. Es ist keine Platzreservierungen möglich.

Der Münchner Hoagartn ist ein regelmäßig in bayerischen Wirtshäusern stattfindendes öffentliches und moderiertes Sänger- und Musikantentreffen. Anmeldung für interessierte Gesangs- und Musikgruppen per E-Mail an volkskultur@muenchen.de. Die Münchner Hoagartn werden abwechselnd in verschiedenen Stadtteilen veranstaltet.

Weitere Informationen unter www.muenchen.de/volkskultur.

Infoabend im Bauzentrum: Fördermaßnahmen bei Energieeinsparung

(28.3.2017) Die Landeshauptstadt München unterstützt mit ihrem Förderprogramm Energieeinsparung (FES) Maßnahmen zur Energieeinsparung und den Umstieg auf erneuerbare Energieträger. Ziel des Programms ist es, möglichst viel Energie einzusparen und damit den CO₂-Ausstoß zu vermindern.



Die Architektin und Energieberaterin Gesa Lenhardt stellt am Donnerstag, 30. März, von 18 bis 19 Uhr, im Bauzentrum München, Willy-Brandt-Allee 10, das aktuelle Förderprogramm vor. Schritt für Schritt wird erklärt, welche Maßnahmen gefördert werden und wie der Weg zur Förderung abläuft. Auch wird der Münchner Qualitätsstandard erläutert, der eine wichtige Hilfestellung beim nachhaltigen Bauen und Sanieren gibt. Im Rahmen des Vortrags kann auch auf individuelle Fragen der Besucherinnen und Besucher eingegangen werden. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen im Internet unter www.muenchen.de/bauzentrum, per E-Mail an bauzentrum.rgu@muenchen.de und telefonisch unter 54 63 66-0.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 28. März 2017

Wohnen und Mobilität VI

Urbaner Freiraum fängt auf der Straße an – Anliegerinnen und Anlieger bei der Straßenplanung beteiligen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Anna Hanusch und Sabine Nallinger (Fraktion Die Grünen/Rosa Liste) vom 1.3.2016

Warum verzichtete Bundesfinanzminister Schäuble auf Milliardeneinnahmen?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Verena Dietl, Hans Dieter Kaplan, Horst Lischka, Gerhard Mayer und Klaus Peter Rupp (SPD-Fraktion) vom 16.2.2017

Wohnen und Mobilität VI

Urbaner Freiraum fängt auf der Straße an – Anliegerinnen und Anlieger bei der Straßenplanung beteiligen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Anna Hanusch und Sabine Nallinger (Fraktion Die Grünen/Rosa Liste) vom 1.3.2016

Antwort Stadtbaurätin Professorin Dr.(I) Elisabeth Merk:

In Ihrem Antrag vom 1.3.2016 fordern Sie, dass in städtischen Siedlungsgebieten die Straßenprofilierungen, insbesondere Anliegerstraßen in Bereichen, die für autofreies Wohnen, Genossenschaften und Baugemeinschaften reserviert sind, nach Möglichkeit nicht im Bebauungsplan sondern nach Vergabe der Grundstücke gemeinsam mit den künftigen Anliegerinnen und Anliegern geplant werden.

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, weil es sich um eine Beteiligungsfrage bei Straßenplanungen handelt, die jedoch keine erheblichen Verpflichtungen für die Stadt erwarten lässt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Für die Beantwortung Ihres Antrages haben wir eine Terminverlängerung bis zum 31.12.2016 erbeten, der sie nicht widersprochen haben.

Zu Ihrem Antrag vom 1.3.2016 teilt Ihnen das Referat für Stadtplanung und Bauordnung Folgendes mit:

Nach § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB können in Bebauungsplänen Verkehrsflächen (z.B. Straßen, Wege und Plätze) sowie Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung (wie Fußgängerbereiche oder Flächen für das Parken von Fahrzeugen) aus städtebaulichen Gründen festgesetzt werden. Von dieser Regelungsmöglichkeit wird in den entsprechenden Bebauungsplänen der Landeshauptstadt München regelmäßig Gebrauch gemacht. Letztlich werden damit aber lediglich die Breite der Verkehrsflächen und ihr Nutzungszweck durch den Bebauungsplan vorgegeben. Die innere Gliederung der festgesetzten Verkehrsflächen erfolgt jedoch erst im Vollzug des Bebauungsplans, d.h. in der sog. Ausbauplanung des jeweiligen Trägers der Straßenbaulast (unter Berücksichtigung der Widmung und dem Straßenverkehrsrecht) die nicht Gegenstand der Festsetzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 11

BauGB ist. Für diese Ausbauplanung und den eigentlichen Bau der Straßen ist seitens der Landeshauptstadt München das Baureferat, Hauptabteilung Tiefbau, zuständig. Im Rahmen der Ausbauplanung werden die festgesetzten Verkehrsflächen detailliert überplant, wobei das Baureferat diese Planungen mit dem zuständigen Bezirksausschuss abstimmt und in mehreren Verfahrensschritten dem Stadtrat zur Entscheidung vorlegt.

Um nun – wie in Ihrem Antrag gefordert – die künftigen Anliegerinnen und Anlieger an den konkreten Straßenplanungen zu beteiligen, müssten diese zum relevanten Planungszeitpunkt bereits bekannt sein. Dies ist jedoch regelmäßig nicht der Fall:

So können etwa die angesprochenen künftigen Bewohnerinnen und Bewohner von Genossenschaftsbauten oder von Modellprojekten wie „autofreies Wohnen“ rein faktisch kaum an der Straßenplanung (Straßenprofilierung) beteiligt werden. Denn um diesen Personengruppen eine Mitwirkung an der Straßenplanung tatsächlich zu ermöglichen, müsste bis zum vollständigen Bezug eines Genossenschaftsanwesens mit der (erst dann erfolgenden) Abfrage und Weiterleitung der Vorstellungen der Bewohnerschaft hinsichtlich des Straßenausbaus gewartet werden. Da aber bereits mit Beginn der Bauarbeiten für die Errichtung der Wohnbauprojekte die neu anzulegenden Straßen zumindest als Baustraßen hergestellt sein müssen, käme eine konkrete Planungsbeteiligung der Bewohnerschaft zu spät: Denn die Baustraßen mit ihren unterirdischen Ver- und Entsorgungsleitungen sowie den Anschlüssen an der Oberfläche lassen tatsächlich keine großen Spielräume mehr für Fragen zur inneren Gliederung der Verkehrsflächen etc. zu.

Selbst eine Übermittlung von Ausbauvorstellungen direkt durch die Genossenschaft unmittelbar nach Abschluss des Grundstückskaufvertrags käme bei den bestehenden Vorlaufzeiten für die Ausbauplanung zu spät. So muss(te) etwa im 1. Bauabschnitt Freiham der Straßenausbau im Jahr 2016 durchgeführt werden, da ab Anfang 2017 mit ersten konkreten Bauvorhaben begonnen werden soll. Eine Ausschreibung von Grundstücken für Genossenschafts- und Baugemeinschaftsprojekte ist aber erst für Anfang 2017 vorgesehen, so dass mit einem Abschluss der Kaufverträge frühestens ab Herbst 2017 gerechnet werden kann.

Entsprechendes gilt auch für die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner vom Baugemeinschaftsprojekten, selbst wenn hier bei den Eigentümerinnen und Eigentümern der noch zu errichtenden Wohnungen bereits zu einem früheren Zeitpunkt als dem Wohnungsbezug etwaige Vorstellungen zur Ausbauplanung der Straßen in Erfahrung gebracht werden könnten.



Denn eine potentielle Mitwirkung der Eigentümerinnen und Eigentümer käme aufgrund der notwendigen Vorlaufzeiten für die Ausbauplanung deutlich zu spät. Zudem stehen zum Zeitpunkt der Grundstücksvergabe längst nicht alle Mitglieder der Baugemeinschaft eines Wohnprojekts fest.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Warum verzichtete Bundesfinanzminister Schäuble auf Milliardenentnahmen?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Verena Dietl, Hans Dieter Kaplan, Horst Lischka, Gerhard Mayer und Klaus Peter Rupp (SPD-Fraktion) vom 16.2.2017

Antwort Stadtkämmerer Dr. Ernst Wolowicz:

In Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt zugrunde gelegt:

„Der SPIEGEL behauptet in der Ausgabe vom 4.2.2017 (Seite 75), dass Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble fünf Jahre lang nichts gegen Steuertricks der Banken, die dem Fiskus Milliarden Euro vorenthalten haben sollen, unternommen hat, obwohl der damalige Münchner Oberbürgermeister Christian Ude ihm geschrieben habe, dass deutsche Banken ausländische Anleger bei der Umgehung der deutschen Kapitalertragssteuer unterstützten.“

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:

Wann genau hat sich der Münchner Oberbürgermeister an den Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble gewandt? Mit welchen Hinweisen? Mit welcher Aufforderung?

Antwort:

Herr Oberbürgermeister Christian Ude hat sich mit Schreiben vom 29. Juni 2011 an das Bundesministerium der Finanzen, Herrn Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble zum Thema Dividendenstripping mit dem Hinweis gewandt, dass ihm Erkenntnisse vorliegen, dass von Kreditinstituten das Dividendenstripping in einer neuen Form praktiziert würde. Das Kreditinstitut würde dabei ausländische Anleger bei der Umgehung der deutschen Kapitalertragsteuer unterstützen und vor der Dividendenzahlung deutsche Aktien von ausländischen Anlegern erwerben. Gleichzeitig würde ein Verkauf nach dem Dividententermin vereinbart und durch eine Teilung der gesparten Kapitalertragsteuer sowohl für den ausländischen Anleger als auch für das Kreditinstitut Vorteile erzielt.

Im Hinblick auf diese legale Steuergestaltungsmöglichkeit hat Herr Oberbürgermeister Christian Ude Herrn Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble gebeten, die damit verbundene Regelungslücke zu schließen und das Aufkommen der Kapitalertragsteuer zu stärken.

Frage 2:

Wie hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble darauf reagiert?

Antwort:

Unter Hinweis, dass Herr Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble ihn mit der Beantwortung des o.g. Schreibens beauftragt hat, hat Herr Hartmut Koschyk, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium (2009 – 2013), mit Schreiben vom 19. Juli 2011 Herrn Oberbürgermeister Christian Ude geantwortet, dass die geschilderte Gestaltung in der Praxis als Strategie zur Vermeidung der Besteuerung inländischer Dividendenerträge ausländischer Anteilseigner sowie inländischer Kommunen als Anteilseigner diskutiert würde. Die Ausgestaltung wäre dabei insbesondere durch Kombination von zwei Kassageschäften oder durch Verknüpfung von Kassageschäften mit Termin- oder Optionsgeschäften zur Nutzbarmachung der unterschiedlichen Behandlung von Dividendenerträgen einerseits und Veräußerungsgewinnen andererseits möglich.

Ob die geschilderte Gestaltung tatsächlich kein Fall des Missbrauchs von Gestaltungsmöglichkeiten sei oder eine gesonderte gesetzliche Regelung erforderlich sein würde, sei jedoch noch nicht abschließend geklärt. Zudem lägen dem Bundesfinanzministerium auch keine Erkenntnisse vor, die ein systematisches Vorgehen von Marktteilnehmern nahelegen würde. Auch von Seiten der Bundesländer sei bisher nicht auf die geschilderte Problematik hingewiesen worden. Die Thematik würde aber kurzfristig auf Arbeitsebene weiterverfolgt werden.

Frage 3:

Wann ist das Bundesfinanzministerium tatsächlich gegen die Tricks zu Lasten des Fiskus vorgegangen?

Antwort:

Bei dem im o.g. Schreiben von Herrn Oberbürgermeister Christian Ude geschilderten Fall eines Dividendenstripping bzw. den in den letzten Jahren zunehmend in die öffentliche Diskussion gerückten Cum/Ex- bzw. auch Cum/Cum-Geschäften handelt es sich um komplizierte Finanzgeschäfte, bei denen es im Kern um die Vermeidung der Besteuerung von Dividenden in der Kapitalertragsteuer geht. Zahlreiche Akteure (Banken, Fonds und Händler) sollen in solche Geschäfte verwickelt sein. Auch ist umstritten, ob derartige Geschäfte rund um die Dividendenzahlung illegal oder nur unanständig sind bzw. wann der Fiskus gegen diese besonderen Geschäftspraktiken hätte vorgehen müssen. Auch ist nicht bekannt, wie hoch der mögliche Steuerschaden sein könnte. Da dem Vernehmen nach sehr viele

Geschäfte dieser Art in verschiedensten Varianten abgewickelt worden sein sollen, wird von einem Schaden in Milliardenhöhe ausgegangen. Nach ersten groben Schätzungen beläuft sich z.B. der in Deutschland entstandene Steuerschaden allein durch Cum/Cum-Geschäfte auf rund eine Milliarde Euro jährlich seit 2006 (vgl.: <https://www.finanzverwaltung.nrw.de/de/was-passiert-nach-den-cum-cum-geschaeften>).

Wann die steuerrechtlichen Besonderheiten derartiger Geschäfte dem Bundesfinanzministerium bekannt wurden bzw. das Bundesfinanzministerium tatsächlich gegen die Tricks zu Lasten des Fiskus vorgegangen ist, kann von hier nicht beantwortet werden.

Entsprechend den öffentlich zugänglichen Quellen ist allenfalls festzustellen, dass im Zeitraum 2012 – 2016 zu Cum-Ex-Geschäften einerseits einschlägige Fälle durch die Finanzgerichtsbarkeit entschieden wurden (vgl. FG Hessen vom 8.10. 2012 – DStR 2012, S. 2381 oder BFH vom 16.4.2014 – DStR 2014 S. 2012), in denen die mehrfache Anrechnung von Kapitalertragsteuer mit unterschiedlicher Begründung abgelehnt wurde und andererseits nach Ansicht der Bundesregierung Steuerausfälle durch ungerechtfertigte Erstattungen von Kapitalertragsteuer durch eine Neuregelung des Kapitalertragsteuerabzugsverfahrens im Rahmen des OGAW-IV-Umsetzungsgesetzes mit Wirkung ab 1.1.2012 für nicht mehr möglich erachtet wurden (vgl. BT-Drucksache 17/13638 vom 27.5.2013). Adressiert an die Problematik von sogenannten Cum-Cum Geschäften wurde im Rahmen des Gesetzes zur Reform der Investmentbesteuerung vom 19.7.2016 rückwirkend zum 1.1.2016 für bestimmte Fälle zudem die Anrechenbarkeit der Kapitalertragsteuer begrenzt (vgl. § 36 a EStG). Mit Pressemitteilung Nr. 9 des Bundesfinanzministeriums vom 7.3.2017 wurde aktuell mitgeteilt, dass in Kürze ein Erlass zur steuerlichen Aufarbeitung von Cum/Cum-Gestaltungen veröffentlicht werden wird. Die Finanzämter können damit flächendeckend und nach einheitlichen Kriterien Cum/Cum-Transaktionen aufgreifen, die vor der Gesetzesänderung bis 31.12.2015 durchgeführt wurden.

Zur Untersuchung der Gestaltungsmodelle sog. Cum-EX-Geschäfte mit Leerverkäufen um den Dividendenstichtag, die auf eine mehrfache Erstattung bzw. Anrechnung von Kapitalertragsteuer gerichtet waren, obwohl die Steuer nur einmal bezahlt wurde, wurde vom Deutschen Bundestag ein Untersuchungsausschuss eingerichtet, in dem geklärt werden soll, ob und wenn ja, wann – rechtzeitig – geeignete Gegenmaßnahmen von Stellen des Bundes ergriffen wurden, ob diese ausreichten und wer gegebenen-



falls jeweils die Verantwortung in diesem Zusammenhang trug (vgl.: <https://www.bundestag.de/ausschuesse18/ua/4untersuchungsausschuss>).

Seit seiner Einsetzung im Februar 2016 traf sich der Ausschuss zu 42 Sitzungen und nach der Zeugenbefragung von Herrn Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble am 16.2.2017 wird derzeit der Untersuchungsbericht verfasst. Die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses sollen noch in diesem Jahr im Deutschen Bundestag diskutiert werden.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 28. März 2017

Zukunft des Amateureissportes in München III

Antrag Stadtrats-Mitglieder Kristina Frank, Ulrike Grimm und Walter Zöllner (CSU-Fraktion)

Zukunft des Amateureissportes in München IV

Antrag Stadtrats-Mitglieder Kristina Frank, Ulrike Grimm, Dr. Manuela Olhausen und Walter Zöllner (CSU-Fraktion)

Zukunft des Amateureissportes in München V

Antrag Stadtrats-Mitglieder Kristina Frank, Ulrike Grimm und Walter Zöllner (CSU-Fraktion)

Wohnungsbau Am Schnepfenweg

Antrag Stadtrats-Mitglieder Hans Dieter Kaplan, Renate Kürzdörfer, Alexander Reissl, Heide Rieke (SPD-Fraktion) und Dr. Michael Mattar (Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung (FDP – HUT – Piraten))

Nothilfe für unsere Klimapartner in Peru

Antrag Stadtrats-Mitglieder Gülseren Demirel und Hep Monatzeder (Fraktion Die Grünen/Rosa Liste)

Mißbrauch beenden – endlich obligates Altersfeststellungsverfahren für „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ einführen!

Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadträtin Kristina Frank
Stadträtin Ulrike Grimm
Stadtrat Walter Zöllner

ANTRAG

28.03.2017

Zukunft des Amateureisportes in München III

Die durch den Entfall des Trainingsbetriebs für die Sportart Eiskunstlauf am Landesstützpunkt Eiskunstlauf im Olympia-Eisstadion freiwerdenden Trainingszeiten werden zu Beginn der nächsten Saison dem Amateureisport zur Verfügung gestellt. Dazu wird die Trainingshalle für Kinder und Jugendliche bis 14 Jahre ertüchtigt.

Begründung:

In München gibt es nicht zuletzt aufgrund der großen Erfolge des EHC Red Bull München viele junge Nachwuchssportler im Eishockey und in anderen Eissportarten. Die Landeshauptstadt München sollte auch diesen Sportlern auf lange Sicht erschwingliche und gut präparierte Eisflächen inkl. Umkleidekabinen zur Verfügung stellen. Die vier Eissportstätten in München (Olympia-Eisstadion, Prinzregentenstadion, Eis- und Funsportzentren Ost und West) sind voll ausgelastet.

Als Folge des Beschlusses des Sportausschusses vom 26. Oktober 2016 ist eine Reduzierung der Nutzung des Olympia-Eisstadions durch Eiskunstläufer zu erwarten. Da diese hauptsächlich in der kleineren Trainingshalle trainiert haben, kann vor allem diese nach entsprechender Ertüchtigung (Ballfangnetze, Banden) dem noch nicht so "schlagkräftigen" Nachwuchssport im Eishockey zur Verfügung gestellt werden.

Kristina Frank, Stadträtin

Ulrike Grimm, Stadträtin

Walter Zöllner, Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadträtin Kristina Frank
Stadträtin Ulrike Grimm
Stadträtin Dr. Manuela Olhausen
Stadtrat Walter Zöllner

ANTRAG

28.03.2017

Zukunft des Amateureisportes in München IV

Die Landeshauptstadt München unterstützt die zügige Fertigstellung einer modernen Multifunktionsarena mit neuem Eislaufzentrum im Olympiapark weiterhin nach Kräften und führt Gespräche mit dem Bauherrn mit dem Ziel der Maximierung der Anzahl darin befindlichen Eisflächen und deren größtmöglichen Nutzung durch den Breitensport.

Begründung:

In München gibt es nicht zuletzt aufgrund der großen Erfolge des EHC Red Bull München viele junge Nachwuchssportler im Eishockey und in anderen Eissportarten. Die Landeshauptstadt München sollte auch diesen Sportlern auf lange Sicht erschwingliche und gut präparierte Eisflächen inkl. Umkleidekabinen zur Verfügung stellen. Die vier Eissportstätten in München (Olympia-Eisstadion, Prinzregentenstadion, Eis- und Funsportzentren Ost und West) sind voll ausgelastet.

Die Landeshauptstadt München ist von Anfang an in die Verhandlungen zu einer Multifunktionsarena eingebunden. In den dazu geführten Gesprächen ist darauf zu achten, dass nicht hinter die bestehenden Trainingszeiten des Breitensports im Olympia-Eisstadion zurückgefallen wird. Vielmehr wird eine Verbesserung der Ist-Situation angestrebt, in dem durch möglichst viele, möglichst große Eisflächen Kapazitäten ausgeweitet werden. Wie viele Eisflächen künftig im Olympiapark für den Profi-, Leistungs- und Amateureisport zur Verfügung stehen werden, ist ein entscheidender Baustein für weitere Investitionen in die städtische Infrastruktur an Eissportstätten.

Kristina Frank, Stadträtin

Ulrike Grimm, Stadträtin

Dr. Manuela Olhausen, Stadträtin

Walter Zöllner, Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadträtin Kristina Frank
Stadträtin Ulrike Grimm
Stadtrat Walter Zöllner

ANTRAG

28.03.2017

Zukunft des Amateureisportes in München V

Das Referat für Bildung und Sport entwickelt ein Konzept, wie durch längere Öffnung der Eisflächen in den Abend- und Nachtstunden und/oder durch eine Anpassung der Zeiten für den öffentlichen Eislauf mehr Trainingszeiten für den Vereins- und Breitensport im Eishockey ermöglicht werden können.

Begründung:

In München gibt es nicht zuletzt aufgrund der großen Erfolge des EHC Red Bull München viele junge Nachwuchssportler im Eishockey und in anderen Eissportarten. Die Landeshauptstadt München sollte auch diesen Sportlern auf lange Sicht erschwingliche und gut präparierte Eisflächen inkl. Umkleidekabinen zur Verfügung stellen. Die vier Eissportstätten in München (Olympia-Eisstadion, Prinzregentenstadion, Eis- und Funsportzentren Ost und West) sind voll ausgelastet.

Die Haupttrainingszeit im Eissport liegt - wie bei den meisten Sportarten - am Abend. Derzeit schließen die Eisflächen spätestens um 22.15 Uhr. Gerade für Erwachsene kommen aber auch spätere Trainingszeiten bis 23 Uhr in Betracht. Durch diese Erweiterung nach hinten könnten die frühen Trainingszeiten vermehrt von Kindern und Jugendlichen genutzt werden.

Zugleich sollte in einer Testphase ausprobiert werden, ob - analog zu den variierenden Öffnungszeiten der M-Bäder - der Publikumseislauf an einem Tag der Woche erst zu einem späteren Zeitpunkt beginnen kann.

Kristina Frank, Stadträtin

Ulrike Grimm, Stadträtin

Walter Zöllner, Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Heide Rieke
Alexander Reissl
Renate Kürzdörfer
Hans Dieter Kaplan

Dr. Michael Mattar

Stadtratsmitglieder

München, 28.03.2017

Wohnungsbau Am Schnepfenweg

Antrag

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird gebeten zu prüfen, wie die im Geviert Am Schnepfenweg, Sonnentastraße, Am Blütenanger und Kohlröschenstraße befindlichen städtischen und privaten Flächen zeitnah einer Wohnbebauung zugeführt werden können. Dabei soll insbesondere bezahlbarer Wohnraum entstehen.

Begründung:

München braucht bezahlbaren Wohnraum. Deshalb müssen alle geeigneten Flächen betrachtet werden. An der Straße Am Schnepfenweg befindet sich zwischen Sonnentastraße, Am Blütenanger und Kohlröschenstraße eine größere Fläche aus städtischen und privaten Grundstücken einer ehemaligen Gärtnerei. In der Fasanerie sind bereits viele derartige Flächen im rückwärtigen Bereich einer Wohnnutzung zugeführt worden. Daher sollte auch in diesem Geviert die Bebauung ermöglicht werden und damit die Lücke zwischen den Bebauungen an der Kohlröschenstraße und der Sonnentastraße geschlossen werden. Die Fläche ist über die Buslinie 175 und den S-Bahnhalt Fasanerie gut an den ÖPNV angeschlossen.

gez.

Heide Rieke
Alexander Reissl
Renate Kürzdörfer
Hans Dieter Kaplan

Dr. Michael Mattar

Stadtratsmitglieder der SPD-Fraktion

Stadtratsmitglied der FTB-Fraktion

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 28.03.2017

Nothilfe für unsere Klimapartner in Peru

Antrag

Die LH München stellt für die Umsiedlung und den Wiederaufbau der vom katastrophalen Hochwasser in Peru betroffenen Siedlung Rio Tombo 20.000,- € als Nothilfe zur Verfügung.

Begründung:

Wie Medienberichten zu entnehmen ist, erleidet Peru aktuell eine schlimme Katastrophe. Starkregen mit verheerenden Überschwemmungen haben bereits über 70 Tote gefordert, über 100.000 Häusern wurden zerstört, ebenso zahlreiche Straßen und Brücken etc.

Im amazonischen Regenwald haben die starken Regenfälle zu massiven Überschwemmungen und Moränenabgängen geführt, die viele Dörfer und Ansiedlungen der indigenen Bevölkerung zerstört haben.

Auch das Volk der Asháninka, mit dem München seit über 20 Jahren eine intensive Klima-Partnerschaft pflegt, ist von der Katastrophe betroffen. Die Moränenabgänge haben dort 80% der Siedlung Rio Tambo in der Provinz Satipo zerstört. Vier Menschen starben und achtzig Familien (ca.500 Menschen – Erwachsene und Kinder) haben ihr Hab und Gut verloren. Auch die Dorfschule wurde vollkommen zerstört.

Von Seiten der Regierung wurde als Ersthilfe die Unterbringung der betroffenen Menschen in provisorische Zelte und die Erstversorgung mit Lebensmitteln organisiert.

Für die Umsetzung der Menschen in sicheres Gebiet werden zum einen dringend Baumaterialien (Dachabdeckung, Nägel, Zement, Kosten für den Transport, Anschaffung von sanitären Einrichtungen und Toiletten) gebraucht, zum anderen Kleidung, Hausrat, Saatgut und Pflanzen.

Die LH München sollte dazu einen solidarischen Beitrag leisten.

Wegen der dringenden Notsituation bitten wir um eine möglichst zügige Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Hep Monatzeder

Gülseren Demirel

Mitglieder des Stadtrates



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
28.03.2017

Mißbrauch beenden – endlich obligates Altersfeststellungsverfahren für „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ einführen!

Ich beantrage: Der Stadtrat beschließt: das städtische Jugendamt führt für alle im Bereich der LHM in Obhut zu nehmende „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ ein obligates Altersfeststellungsverfahren ein. Ausgenommen werden nur minderjährige „Flüchtlinge“, deren Minderjährigkeit zweifelsfrei feststeht.

Begründung:

Nach einschlägigen Erfahrungen im Ausland, etwa in Belgien, mußte sich die Münchner Sozialreferentin in der vom 21.07.2016 datierenden Antwort auf eine schriftliche Anfrage des Fragestellers zum Thema „Falsche Altersangaben bei vorgeblich minderjährigen ‘Flüchtlingen’“ (Anfrage Nr. 14-20 / F 00600) zu der Auskunft herbeilassen, daß auch im Bereich der LHM von minderjährigen „Flüchtlingen“ zu einem erheblichen Anteil falsche Altersangaben gemacht werden. Die Sozialreferentin führt aus: „Für den Zeitraum 01.01.2016 - 17.06.2016 gilt: Es fanden 1.145 qualifizierte Alterseinschätzungsgespräche durch das Stadtjugendamt statt. 445 junge Menschen wurden davon [sic] als volljährig eingestuft. Das ergibt einen Anteil Volljähriger von 38,8 %.“

Völlig unbegreiflich ist vor diesem Hintergrund, daß die LHM – laut Auskunft der Sozialreferentin – „aktuell keine radiologischen Untersuchungen“ zur Altersfeststellung durchführen will, und zwar aufgrund „verwaltungsgerichtlicher Rechtsprechung“. Diese Aussage ist möglicherweise nicht korrekt, teilte doch das Nachrichtenmagazin „Focus“ im Zusammenhang mit dem Fall des vorgeblich minderjährigen afghanischen Vergewaltigers Hussein K., der der Vergewaltigung und Ermordung einer 19jährigen Studentin in Freiburg im Oktober 2016 beschuldigt wird, im Januar 2017 mit, zumindest die Verwendung von Röntgenaufnahmen „sei zur Altersbestimmung gängige Praxis“, und sie sei auch „richterlich angeordnet worden“ (Quelle:

b.w.

http://www.focus.de/panorama/welt/mordfall-maria-l-ermittler-zweifeln-an-angaben-gutachten-soll-alter-von-hussein-k-feststellen_id_6533047.html; zul. aufgerufen: 28.03.2017, 02.15 Uhr; KR).

Auch aus einer Pressemitteilung des Amtsgerichts München vom 16.04.2015 geht hervor, daß zumindest 2014 88 medizinische Altersfeststellungsverfahren vom städtischen Jugendamt beim Amtsgericht beantragt wurden (Quelle: https://www.justiz.bayern.de/imperia/md/content/stmj_internet/gerichte/amtsgerichte/muenchen/pressemitteilungen/2015/pm19___150416.pdf, hier S. 3; zul. aufgerufen: 28.03.2017, 02.25 Uhr; KR).

Alles zusammengenommen – die Häufigkeit falscher Altersangaben durch minderjährige „Flüchtlinge“, die juristische Praxis und gleich mehrere zur Verfügung stehende Verfahren der medizinischen Altersfeststellung – läßt es als schlichtweg nicht nachvollziehbar erscheinen, warum eine obligate medizinische Altersfeststellung bei in München zur Inobhutnahme anstehenden minderjährigen „Flüchtlingen“ nicht längst Praxis ist. Durch eine möglichst treffgenaue Aussonderung vorgeblich minderjähriger, in Wahrheit aber volljähriger Aspiranten aus dem Inobhutnahmeverfahren könnten der LHM erhebliche Kosten an rechtswidrig erschlichenen Betreuungsleistungen erspart werden; im Sinne eines verantwortungsvollen Umgangs mit Steuergeldern sollte dieses Bestreben eine Selbstverständlichkeit sein.



Karl Richter
Stadtrat

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 28. März 2017

Terminhinweis

Pressemitteilung MVG

Messe München bringt sozial Benachteiligte ins Stadion zum Frauenfußball des FC Bayern

Pressemitteilung Messe München GmbH

MVG Information für die Medien

28.3.2017

Achtung, Redaktionen: Fototermin!

Freitag, 31. März, 11 Uhr, Hauptbahnhof

Die Mobilfunknetzbetreiber investieren in den Ausbau ihrer Infrastruktur in der Münchner U-Bahn: Sie realisieren ein LTE-Netz, um flächendeckend eine schnelle mobile Internetversorgung zu ermöglichen. Die Umschaltung auf die neuen Systeme beginnt am Mittwoch, 29. März, und erfolgt sukzessive – mit Priorität auf den wichtigsten Innenstadtbahnhöfen – bis Freitag, 31. März. Im Zuge der Umschaltung kann es von Mittwoch bis Freitag punktuell zu Versorgungsunterbrechungen im Handynetze kommen. Die MVG wird ihre Fahrgäste in der U-Bahn mit Tickertexten darauf hinweisen.

Am Freitag, 31. März, um 11 Uhr drücken Karsten Fuchs, Leiter Netzausbau der Vodafone Region Süd und Michael Vogl, Leiter Mobilfunkausbau Region Süd Telekom Deutschland sowie Ingo Wortmann, MVG-Chef und SWM Geschäftsführer Verkehr, den symbolischen roten Knopf zur abschließenden Inbetriebnahme des kompletten LTE-Netzes in einem Technikraum im U-Bahnhof Hauptbahnhof.

Treffpunkt: Bayerstraße, vor dem Eingang des Intercity-Hotels

Herausgeber

Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Redaktion

Pressereferent Bereich MVG
Matthias Korte
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: korte.matthias@swm.de
www.mvg.de



Pressemitteilung

Messe München bringt sozial Benachteiligte ins Stadion zum Frauenfußball des FC Bayern

- Initiative wird von der Clarissa und Michael Käfer Stiftung, der Münchner Bank und SOS-Kinderdorf e.V. unterstützt
- Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner übernimmt die Schirmherrschaft
- Das Netzwerk „Frauen verbinden“ gab den Anstoß für das Projekt

München, 27. März 2017

Die Messe München veranstaltet mit der ISPO nicht nur die Weltleitmesse für Sportartikel. Sie engagiert sich auch sozial und hat jetzt mit Partnern das Projekt „Sport verbindet Menschen“ initiiert: Die Käfer-Stiftung und die Münchner Bank haben sich der Initiative als Unterstützer angeschlossen. Als Gastgeber wird die Frauenmannschaft des FC Bayern München jeweils 50 sozial benachteiligten Menschen zu den Heim- und Auswärtsspielen der laufenden Saison ein besonderes Sporterlebnis bieten: Sie können die Spiele im Stadion live erleben, treffen die Spielerinnen, bekommen Fan-Artikel geschenkt und werden mit dem FCB-Fan-Bus zum Stadion und nach Hause gebracht. Unter den Teilnehmern werden auch von SOS-Kinderdorf e.V. betreute Kinder und Jugendliche sein.

Der Anstoß für das Projekt kam aus dem Netzwerk „Frauen verbinden“ der Messe München. Die ISPO, die internationale Leitmesse für die Sportindustrie, nahm als Sponsor den Ball auf und will mit ihrem Engagement unterstreichen, dass Sport bei der Integration benachteiligter Menschen einen hohen Stellenwert einnimmt. Bayerns Wirtschaftsministerin und stellvertretende Vorsitzende des Messeaufsichtsrats Ilse Aigner hat die Schirmherrschaft für dieses Projekt übernommen.

Die an „Sport verbindet Menschen“ beteiligten Partner ziehen bereits jetzt eine positive Bilanz: „Es ist großartig und vorbildlich, wenn bedeutende Wirtschaftsunternehmen wie die Messe München und engagierte Frauen ihr gemeinsames Netzwerk nutzen, um sich sozial zu engagieren“, betont Staatsministerin Ilse

Willi Bock
Leiter Unternehmens-PR
Tel. +49 89 949-20734
Mobil: +49 172 3936929
Fax +49 89 949-97-20734
willi.bock@messe-muenchen.de
Messe München GmbH
Messegelände
81823 München
Deutschland
www.messe-muenchen.de



Aigner. Messechef Klaus Dittrich bestätigt: „Für die Messe München ist gesellschaftliche Verantwortung ein wichtiges Thema. Sie gehört zu unserer Unternehmenskultur.“ Darüber hinaus sieht Dittrich in „Sport verbindet Menschen“ ein klares Eins zu Null für das Netzwerk „Frauen verbinden“: „Mit diesem Projekt begeistern wir junge und ältere Menschen für den Sport, verfolgen einen sozialen Zweck und stärken Frauen.“

Dass es bei „Sport verbindet Menschen“ nicht nur um Torchancen, sondern vor allem um Chancen sozial Benachteiligter geht, erläutert Clarissa Käfer für die Käfer-Stiftung: „Wir unterstützen das Projekt finanziell und operativ sehr gern. Es ermöglicht vielen älteren hilfsbedürftigen Menschen ein gemeinschaftliches Erlebnis und ein emotionales Highlight aus dem Heimalltag raus.“

Sandra Bindler, Vorstandsmitglied der Münchner Bank, erklärt, warum sie sich als Sponsor engagiert: „Was einer alleine nicht schafft, das schaffen viele – das ist der genossenschaftliche Leitgedanke für soziales Engagement bei der Münchner Bank eG. Als im Netzwerk ‚Frauen verbinden‘ die Idee entstand, bedürftigen Menschen einen schönen Fußballnachmittag zu bescheren, war mir klar: Hier packen wir mit an.“ Karin Danner, Managerin Frauenfußball des FC Bayern München, über ihr Engagement: „Mir ist es wichtig, zu helfen und Freude zu schenken. Sport bringt Menschen zusammen und der FC Bayern ist für sein großes soziales Engagement bekannt.“

Die nächsten Heimspiele der FC Bayern Frauen dieser Saison im Grünwalder Stadion sind am 2. April gegen den SC Sand, am 30. April gegen die TSG Hoffenheim und am 21. Mai gegen SGS Essen.

Messe München

Die Messe München ist mit mehr als 50 eigenen Fachmessen für Investitionsgüter, Konsumgüter und Neue Technologien am Standort München und im Ausland einer der weltweit führenden Messeveranstalter. Über 30.000 Aussteller und rund zwei Millionen Besucher nehmen jährlich an den Veranstaltungen auf dem Messegelände, im ICM – Internationales Congress Center München und im MOC Veranstaltungszentrum München teil. Außerdem veranstaltet die Messe München Fachmessen in China, Indien, der Türkei, in Afrika und Russland. Mit einem Netzwerk von Beteiligungsgesellschaften in Europa, Asien und Afrika sowie über 60 Auslandsvertretungen für mehr als 100 Länder ist die Messe München weltweit präsent.